

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Fulda, 23.08.2020

Anfrage: Sondernutzungsgebühren Aidshilfe Fulda e.V.

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Aidshilfe Fulda e.V. hat anlässlich der Corona-Krise ein aufsuchendes Kontaktangebot an örtlichen Treffpunkten für drogengebrauchende Menschen initiiert. Drogenkonsumierende gehören aufgrund ihrer Begleiterkrankungen und ihrer geschwächten körperlichen Verfassung zu den besonders durch Corona Gefährdeten, so die Deutsche Aidshilfe. Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist eine schnelle und unbürokratische Hilfe unerlässlich, um Menschen vor Erkrankung zu schützen. Diese zugehende Sozialarbeit dient ausschließlich der Prävention und dem Gesundheitsschutz und wird in einigen hessischen Städten, häufig in enger Zusammenarbeit mit den Ordnungsämtern, durch die Beratungsstellen der Aidshilfe durchgeführt.

Die Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN fragt den Magistrat:

1. Welche Bedeutung misst die Stadt Fulda dem Streetwork-Projekt und den damit verbundenen präventiven Maßnahmen der Aidshilfe Fulda e.V. in der Corona-Pandemie zu?
2. Wurden von Seiten der Stadt Sondernutzungsgebühren für die Verteilung von Masken, Informationsmaterial und Safer-Use-Materialien erhoben?
3. Wenn ja, auf welcher Grundlage erhebt die Stadt Fulda Sondernutzungsgebühren für das „aufsuchende Kontaktangebot an öffentlichen Treffpunkten“ und gibt es andere hessische Städte die Gebühren erheben?



Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen